

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 13.02.2014

Antrags-Nr. 14-F-33-0021

Altes Gericht zügig fortentwickeln

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 05.02.2014 -

Anfang 2013 wurde bekannt, dass sich die Hochschule Fresenius Gerichtsviertel an der Moritzstraße ansiedeln möchte - als Partner der European Business School (EBS), die nur noch das alte Gerichtsgebäude nutzen wollte. Ende des Jahres schließlich gab die EBS den Plan ganz auf, an der Moritzstraße einen Campus für ihre Law School einrichten zu wollen.

Presseberichten zu Folge wird über eine Rückübertragung des Grundstücks an das Land Hessen verhandelt. Der Zuschussvertrag zwischen dem Land Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden regelte die Gewährung eines Zuschusses an das Land zum Zwecke der Errichtung einer juristischen Fakultät durch die EBS.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

I. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Absicht von Fresenius, sich auf dem Gelände anzusiedeln.

II. Der Magistrat wird gebeten:

1. mit dem Land Hessen - dem Eigentümer des Grundstückes - schnellst möglich in Verbindung zu treten,
 - a. um zu klären, welche konkrete Nutzung die Landesregierung nun für das denkmalgeschützte Gerichtsgebäude vorsieht und unter welchen Bedingungen der Hochschule Fresenius Teile des Gesamtareals angeboten werden;
 - b. um den öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden neu auszuhandeln;
2. mit der Hochschule Fresenius Kontakt aufzunehmen, um die Ansiedlungspläne zu konkretisieren;
3. dafür Sorge zu tragen, dass dabei eine öffentliche Nutzung für Bedarfe des Stadtteils wie z.B. die Kombination einer Aula mit einem Bürgersaal für die Innenstadt sowie öffentliche Tiefgaragenplätze ermöglicht werden und dass Wohnraum für Studierende geschaffen wird;
4. sich dafür einzusetzen, dass sich die Planungen möglichst an den Rahmenbedingungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes orientieren, um eine zügige Entwicklung des Areals zu gewährleisten.

Beschluss Nr. 0068

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 05.02.2014

Altes Gericht zügig fortentwickeln

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2014

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2014

Dezernat I
Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister